Abschusszahlen nicht erreicht

Jagdsaison Ende Dezember wurde die Jagdsaison abgeschlossen. Wegen des fehlenden Schnees konnte beim Rot- und Gamswild der Abschussplan nicht eingehalten werden. Alternative Jagdstrategien müssen nun diskutiert werden.

Manuela Schädler
mschaedler@medienhaus.li

Das milde Wetter im Dezember hat die Jagd enorm erschwert, da sich die Tiere in hohen Lagen aufhielten. Bild: istock

Es wird immer schwieriger das Rotwild zu bejagen. Die Hirsche sind durch den hohen Jagdruck scheu geworden – die Jäger bekommen sie kaum noch zu Gesicht. Auch die Zunahme von Freizeitaktivitäten in den Revieren und ungünstige Wetterlagen erschweren die Bejagung zusehends. Die vorgegebenen Abschusszahlen einzuhalten ist eine grosse Herausforderung. Auch dieses Jahr wurde zu wenig Rotwild geschossen. «Die Situation gestaltete sich sehr schwierig. Selbst mit hohem zeitlichem und personellem Aufwand durchgeführte Bewegungsjagden in beinahe allen Rotwildrevieren konnten die Abschussquote nicht wesentlich verbessert werden», sagt Woflgang Kersting von der Abteilung Wald und Landschaft des Amtes für Umwelt. Die Vorgaben beim Rotwild konnten nur zu 77 Prozent erfüllt werden. Ach beim Gamswild wurde der Abschussplan mit 92 Prozent nicht eingehalten. Die Angaben können noch geringfügig abweichen, da die Validierung noch nicht abgeschlossen ist.

Anders sieht es beim Rehwild aus. Die Jäger konnten hier die Vorgaben des Abschussplanes mit ca. 104 Prozent sogar überschreiten. Zu Beginn der Jagdzeit sowie im August und November wurden laut Kersting im Vergleich mit den letzten fünf Jahren markant mehr Rehe erlegt.

Massnahmen stossen auf Kritik bei den Jägern

«Das milde Wetter im Dezember hat die Jagd enorm erschwert – so wie noch nie», sagt Michael Fasel, Präsident der Liechtensteiner Jägerschaft. Dies zeigen nicht nur die Abschussquoten in Liechtenstein, sondern im ganzen Ostalpenraum. Durch den fehlenden Schnee sahen die Hirsche keinen Grund in tiefere Lagen zu kommen. Sie blieben oben in felsigem Gebiet, wo die Jagd zum Teil unmöglich ist. Dazu kommt die Scheu der Tiere. «Die Jäger haben, wie in den vergangenen Jahren auch, einen riesigen Einsatz gebracht, um die Abschussvorgaben trotzdem erfüllen zu können», ist Fasel überzeugt.

Als sich im Dezember abzeichnete, dass der Abschussplan nicht eingehalten werden kann, hat die Regierung die Jagdzeit für alle Schalenwildarten bis zum 31. Dezember verlängert. Reh- und Gamswild sowie Rotwild im Berggebiet darf normalerweise nur bis zum 14. Dezember gejagt werden. Nur das Rotwild in den Hang- und Tallagen darf bis zum 31. Dezember bejagt werden. Als weitere Massnahme wurde die Lockfütterung erlaubt. Die Jäger sehen diese Massnahmen allerdings kritisch und empfinden sie als unweidmännisch. «Das bedeutet Stress für die Tiere und Lockfütterungen bringen den natürlichen Zyklus der Tiere durcheinander. Deshalb wehren wir uns gegen solche Massnahen, die unter dem Strich nicht viel bringen», sagt Fasel. Man müsse die Wetterverhältnisse akzeptieren und nun nach Lösungen suchen, die fehlenden Abschüsse in der kommenden Saison kompensieren zu können.

Nach neuen Jagdstrategien suchen

Des Bejagen des Rotwildes wird auch in Zukunft nicht einfacher. «Die Behörden, der Jagdbeirat, die Jägerschaft sowie die Forstbetriebe sind weiterhin gefordert, gemeinsam alternative Jagdstrategien zu entwickeln sowie die Jagd begünstigende Lebensraumverbesserungen zu erarbeiten und umzusetzen», sagt Wolfgang Kersting. Auch Michael Fasel ist sich sicher, dass es nun die Diskussion aller Beteiligten benötigt, um die Herausforderung bewältigen zu können. Dass das Rotwild immer scheuer wird, sei ein grosses Problem und diesen Teufelskreis zu durchbrechen sehr schwierig. Denn es gehe nicht darum einfach alles abzuschiessen. «Wir sind keine Ungeziefer-Jäger.» Die Tiere leben in einer sozialen Ordnung, die es zu berücksichtigen gelte. Auch das Jagdgesetz besagt, dass die Bejagung wildgerecht und ökologisch ausgerichtet sein muss. «Eine umfassende Diskussion, die alle Aspekte berücksichtigt, muss nun sehr schnell folgen», betont Michael Fasel.

Polizeimeldungen

Auffahrunfall bei Ampel
Zwei Autolenker mussten am Samstag, 14. Januar, um 17.30 Uhr, an der Vorarlbergerstrasse in Schaanwald bei der dortigen Ampel verkehrsbedingt anhalten. Ein nachfolgender Autolenker rutschte aufgrund der Schneefahrbahn in das vor ihm stehende Auto. Durch die Wucht der Kollision schob es diesen PW in das vor ihm stehenden Auto. Ein Fahrzeuglenker klagte nach dem Ereignis über starke Kopfschmerzen und wurde folglich zu einer ärztlichen Untersuchung beordert. An allen drei Fahrzeugen entstand Sachschaden. *(lpfl*

Schmuck und Uhren gestohlen
Eine unbekannte Täterschaft begab sich in der Zeit zwischen Samstag, 14. Januar, 10 Uhr, und Sonntag, 15. Januar, 12 Uhr, zu einem Einfamilienhaus im Duxer in Schaan. Auch dort gelangten die Einbrecher über eine aufgebrochene Balkontüre ins Wohnzimmer. Die Täterschaft entwendete unter anderem zwei Herrenarmbanduhren und Schmuck. Der bislang bekannte Vermögensbetrag beläuft sich auf ca. 5000 Franken. *(lpfl)*

FÜR IHRE SICHERHEIT:
sauter
sicherheit mit system
TEL. +423 237 57 37 | WWW.SAUTER.LI

Standpunkt

VU will die Versicherten nicht im Regen stehen lassen

Ohne Einbezug der Gesamtregierung erklärte der Regierungschef die Verhandlungen zur Lösung des OKP-Konflikts mit dem Vorstand der Liechtensteinischen Ärztekammer am vergangenen Donnerstag als gescheitert. Obwohl die Lösung zum Greifen nah war, entschied er sich zum Abbruch der Gespräche, weil das Bekenntnis der Ärztekammer zur sofortigen Einführung des Tarmeds als Teil des Deals fehle. Bemerkenswert ist dabei die Tatsache, dass das vom Regierungschef geforderte sofortige Anwenden des Tarmeds das Problem für viele Versicherte nicht gänzlich löst: Alle Rechnungen seit dem 1. Januar bis zur Umstellung durch die Ärzte wären weiterhin umstritten. Dieser Makel haftet auch der nun von ihm und dem Gesellschaftsminister geplanten Lösung an. Die Zwangsanwendung des Tarmeds per Verordnungsanpassung löst erstens die Probleme ab dem 1. Januar nicht und führt zweitens sehr wahrscheinlich zu weiteren Rechtsstreitigkeiten.

Mario Wohlwend und Daniela Wellenzohn-Erne
Bild: Daniel Schwendener

Eine schnelle, umfassende Lösung

Für die Vaterländische Union ist es deshalb angesichts der Tragweite und der negativen Auswirkungen für die Versicherten unverständlich, dass der Regierungschef die grosse Chance nicht ergriffen hat, eine einvernehmliche Lösung und damit die Vermeidung von rechtlich nicht gesicherten Zwangsmassnahmen anzustreben, zumal es sich nur noch um eine Zeitdifferenz von wenigen Tagen handelte. Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer hat sich angesichts des Scheiterns der Verhandlungen eingeschaltet und baut auf dem letzten Verhandlungsstand auf, er geht aber noch einen Schritt weiter: Er spricht sich für die vom Regierungschef und Gesellschaftsminister ausgehandelte Fassung der Verordnung aus, wenn die Ärztekammer nochmals einen deutlichen Schritt macht und den Tarmed nicht, wie vom Regierungschef gefordert «sofort» einführt, sondern freiwillig rückwirkend auf den 1. Januar 2017. Damit würden die Ärzte den Willen des Gesetzgebers und des Stimmvolkes vollumfänglich umsetzen. Natürlich bedeutet dieser Vorschlag für die Ärzte einen grossen Aufwand, aber dies wäre angesichts der herrschenden grossen Verunsicherung nicht zu viel verlangt. Mit diesem konstruktiven Vorschlag Zwiefelhofers hätten die OKP-Versicherten keine finanziellen Nachteile mehr zu befürchten, die Unsicherheit wäre für alle beseitigt, und gleichzeitig würde dem Willen des Stimmvolkes und des Landtags endlich vollumfänglich Rechnung getragen.

Tarmed rückwirkend ab 1. Januar 2017

Der Regierungschef-Stellvertreter fordert mit seinem Lösungsansatz von der Liechtensteinischen Ärztekammer mehr als es der Regierungschef getan hat, nämlich dass die Ärzte den Tarmed rückwirkend ab dem 1. Januar 2017 anwenden, die in diesem Jahr ausgestellten, nicht konformen Rechnungen entsprechend korrigieren und direkt an die Krankenkassen senden. Das wäre ein grosser Gewinn für alle Versicherten, die seit dem 1. Januar mit der undurchschaubaren Rechnungsstellung konfrontiert waren. Im Gegenzug spricht sich Zwiefelhofer dafür aus, dass Regierungschef und Gesundheitsminister den fertig ausgehandelten, angepassten Verordnungstext in die Regierung einbringen und verabschieden lassen. Die VU unterstützt mit Nachdruck diesen Lösungsvorschlag von Thomas Zwiefelhofer, der nachhaltig ist und zum Vorteil der Versicherten die notwendige Rechtssicherheit bietet. Voraussetzung dafür ist aber ganz klar, dass die Plenarversammlung der Liechtensteinischen Ärztekammer diesen Lösungsweg akzeptiert. Mit der raschen Beendigung der unhaltbaren und belastenden Situation will die VU dazu beitragen, dass den OKP-Versicherten keine Nachteile erwachsen und sich unser Gesundheitswesen auf der Grundlage des neuen Krankenversicherungsgesetzes positiv weiterentwickeln kann.

Präsidium der Vaterländischen Union
Mario Wohlwend,
Parteivizepräsident Unterland
Daniela Wellenzohn-Erne,
Parteivizepräsidentin Oberland

Standpunkt

Ein klares Ja und sonst: Tarmed per Verordnung

Die VU-Landtagsfraktion hat sich im Rahmen der KVG-Revision insbesondere für die Neuregelung des Verhältnisses zwischen den Ärzten, dem Krankenkassenverband und dem Staat stark gemacht. OKP-Verträge, so unsere damals im Landtag deutlich geäusserte Haltung, sind mit Rechten und mit kontrollierbaren Pflichten auszustatten. Zu den Pflichten gehört unter anderem auch die Abrechnung nach dem im Gesetz verankerten Tarmed ab dem 1. Januar 2017. Wir stehen auch heute unverrückbar zu unserer damaligen Haltung. Von «in die Knie gehen» kann nicht im Entferntesten die Rede sein. Wenn die Plenarversammlung der Ärztekammer nun diesen Mittwoch gemäss Vorschlag von Vizeregierungschef Zwiefelhofer entscheidet, rückwirkend zum Jahresanfang mit Tarmed abzurechnen, sollen die Ärzte jene Verordnung bekommen, auf welche sie sich inhaltlich mit den bisher verhandelnden Regierungsvertretern am letzten Donnerstag geeinigt hatten. Das wäre eine nachhaltige und rechtssichere Lösung, auf welche die Bevölkerung ein Anrecht hat und dringendst wartet. Bei einem Nein der Ärztekammer am Mittwoch gäbe es auch für uns nur noch eines: Tarmed per Verordnung!

Die VU-Landtagsabgeordneten Christoph Beck, Peter Büchel, Manfred Kaufmann, Frank Konrad, Violanda Lanter-Koller, Judith Öhri, Karin Rüdisser-Quaderer, Thomas Vogt, Christoph Wenaweser